

Herzlich willkommen zum NL des Kampfes gegen die Entsolidarisierung. Wir sind bereit, noch über jedes Stöckchen zu springen, das uns hingehalten wird.

<http://www.strafrecht-online.org/nl-2018-01-26> [NL im pdf-Format]

I. Eilmeldung

< Roman Reusch Revisited >

Auch bei einer mittlerweile mehr als 15jährigen Geschichte des Newsletters wäre es ein wenig vermessen zu behaupten, jetzt hätten wir alles einmal durch. Das wäre ja fast so, als seien wir uns sicher, das Ende des Internets erreicht zu haben.

<http://www.onlinewahn.de/ende.htm>

Also muss es irgendwie an uns liegen, wenn wir uns die Frage stellen: Hatten wir das alles nicht schon mal? Vielleicht ist es unser sehr beschränkter Kosmos, vielleicht unser Hang zu eigenartigen Menschen und Themen, warum sich die Déjà-vus häufen.

So verweisen wir nicht ohne Stolz darauf, bereits am 25. Januar 2008 und damit vor exakt zehn Jahren den Roman-Reusch-Newsletter ausgerufen zu haben, in dem wir um seine Dienste buhlten.

<https://strafrecht-online.org/nl-25-01-2008>

Diese geradezu seherische Wortwahl muss man sich jetzt mal wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Denn just für die Kontrolle der Dienste, wie man sie anheimelnd nennt, hatte die AfD Roman Reusch ins Rennen geschickt. Klappte leider nicht, obwohl wir ihn seit 2008 mit all unserer Kraft protegirt und gar eine Roman Reusch-Kolumne im Newsletter ins Leben gerufen hatten. Hier durfte er endlich mal nach Lust und Laune seine interessanten Thesen wie die Untersuchungshaft als Denkmittel für Jugendliche dem Publikum erläutern.

Nun gut, er wusste nicht, dass der Newsletter im Allgemeinen kein Publikum hat. Aber es war eh eigentlich auch egal. Denn schon nach drei Folgen im Sommer 2008 war wieder alles vorbei und wir waren auf irgendwelche anderen Züge aufgesprungen.

Aber irgendwie haben wir uns schon gefreut, nach so langer Zeit wieder mal auf Roman Reusch getroffen zu sein. Vielleicht sollten wir einen erneuten Versuch starten und ihn nach Freiburg zu locken versuchen. „Und, Roman, woran bist Du noch so alles in den letzten Jahren gescheitert?“ Wir würden uns nicht lumpen lassen und auch von uns einiges berichten.

<https://strafrecht-online.org/spon-reusch-dienste>

II. Law & Politics

< Verdammte Flüchtlinge >

Christian Pfeiffer ist wie der Igel immer schon all da, wenn es aus seinem Fach für die Medien etwas süffig aufzubereiten gilt. Und wie er sein Fach interpretiert, ist durchaus Teil des Problems. Denn es ist sehr, sehr weit zu verstehen. Die Grenzen von Kriminologie, Politik und Küchenpsychologie verschwimmen bei ihm fortwährend. Auch deshalb schafft er es ohne Mühe in jede Gazette und vor jedes Mikrofon.

Der Newsletter ist seit vielen Jahren auf Christian Pfeiffer geradezu angewiesen, was satte 13 Treffer in unseren Annalen eindrucksvoll beweisen. Vor fünf Jahren konnte er den legendären Battle gegen seine Neider eindrucksvoll für sich entscheiden.

http://www.strafrecht-online.org/pdf.2013_02_15 (VI.)

Auch beim medialen Ausschlichten seiner aktuellen Studie zur Flüchtlingskriminalität schien Profi Pfeiffer erst einmal wie gewohnt die Nase vorn zu haben. Nicht umsonst hatte er nahezu für jede Strömung ein einnehmendes Stichwort parat: „Wir können nicht das Land sein, das mühselig alle Beladenen aufnimmt.“ Es gelte erheblich in die Heimatländer der Flüchtlinge zu investieren, aber auch die Außengrenzen sicher zu machen, in Präventionsprogramme zu investieren, an ein Einwanderungsgesetz zu denken und den Familiennachzug nicht von vornherein abzulehnen. – Böte sich fast für den Koalitionsvertrag an.

Aber was ist denn nun mit der empirischen Untersuchung? Menschen aus Marokko, Algerien und Tunesien gehörten weit überproportional zu den Tatverdächtigen. Hier komme deren Perspektivlosigkeit zum Ausdruck, sie wüssten, dass sie nicht bleiben könnten. Der Mangel an Frauen wiederum erhöhe die Gefahr, dass sich junge Männer „an gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen“ orientierten.

Ja, und? Christian Geyer von der FAZ bleibt es vorbehalten, anlässlich eines Interviews von Deutschlandfunk mit Pfeiffer dessen Masche zu entlarven. So „pflegt er einen Begriff von angewandter Wissenschaft, welcher mehr die politisch schnittige, anthropologisch vorgezeichnete Anwendung vor Augen hat als die stets nur mit Mustererkennung und Anhaltspunkten aufwartende Wissenschaft, wenn es um die Rekonstruktion und Prognose menschlichen Verhaltens geht.“

<https://strafrecht-online.org/faz-pfeiffer-fluechtlinge>

Und so antwortet Pfeiffer erst einmal auf die Frage, ob mit den Flüchtlingen Gewalt und Kriminalität zu uns kämen, mit einem ebenso bestimmten wie reißerischen „Ja“, um im Anschluss ein wenig zu relativieren. – Wissenschaft geht andersrum.

Auch ein erstauntes Nachhaken der Fragestellerin, ob nach der Ansicht von Pfeiffer abgelehnte Asylbewerber zur Kriminalität verdammt seien, bringt diesen nicht von seiner steilen These ab. In der Tat, diese Gruppe von Menschen säße in der Falle, die Kriminalität sei deren (einzige) Alternative, die nicht zu akzeptieren sei.

Christian Geyer endet klassisch: Eine Tat sei nicht aus Geschlecht, Alter und Herkunft zusammengesetzt. Und wir ergänzen: Gerade die Kriminalität von Flüchtlingen schreit in der derzeitigen aufgeheizten Atmosphäre nach einer Einbeziehung kriminalitätserzeugender Komponenten im Sinne des Labeling Approach. Für den Moment würde es uns aber fast schon reichen, wenn keine Scharlatane das Wort ergriffen, die definitiv wissen, was zu tun ist, und dabei munter zwischen den Aufgaben des Innenministers, eines Kommunalpolitikers und eines hurtigen Kriminologen hin und her changieren.

<https://strafrecht-online.org/dlf-pfeiffer>

Aber Moment, wir hören gerade, dass wir uns von diesem Thema aus gegebenem Anlass verabschieden müssen: Hören Sie nun Christian Pfeiffer zur Bluttat in Lünen.

<https://strafrecht-online.org/pfeiffer-fluechtlinge-kriminalitaet>

< Lenin und die Bahnsteigkarte >

Das klingt so ein wenig wie „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“, ist aber natürlich wesentlich ernsthafter und wie stets gesellschaftskritisch. So soll Lenin im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit einer Revolution in Deutschland gesagt haben, die Deutschen würden sich vor der Erstürmung eines Bahnsteiges erst noch eine Bahnsteigkarte kaufen.

Da leuchten die Augen unseres trotz aller peinlichen Bemühungen eh hoffnungslos überalterten Publikums. Waren das noch Zeiten, als es die gute alte Bahnsteigkarte gab. Als man durch Drehkreuze musste, um seinen Schatz (so nannte man ihn damals) noch einmal innig zu Herzen, bevor er nach Bad Hersfeld fuhr.

Zu sentimental brauchen Sie allerdings gar nicht zu werden, sofern Sie es sich leisten könnten, in München oder in Hamburg zu leben (also eher nicht). Denn hier hat die Bahnsteigkarte bis heute überlebt. Und man wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, sie abzuschaffen. Ansonsten könne man ja nicht mehr die allseits beliebten Sperrenkontrollen durchführen, bei der jeder aus dem Bereich hinter dem grünen Balken Kommende nach seinem Fahrschein gefragt werde – oder eben nach einer Bahnsteigkarte. Hier geht es zu wie bei einer unbarmherzigen Schleppnetzfangung oder einer Treibjagd.

Und warum macht man dies, außer um Macht zu demonstrieren? Es geht um den Kampf gegen eines der schlimmsten Übel unserer Gesellschaft, den gemeinen Schwarzfahrer. Ihm gilt es bei der Sperrenkontrolle die miese Ausflucht aus der Hand zu schlagen, man habe lediglich die Tante vom Zug abgeholt, die dann aber irgendwie wieder verschwunden sei. Das Erfordernis der Bahnsteigkarte also als Steigbügelhalter für eine effizientere strafrechtliche Verfolgung des Schwarzfahrens mit dem Backup eines erhöhten Beförderungsentgelts, wie es kurioserweise auch beim Schwarzstehen heißt.

Das ist dann gar nicht mehr so romantisch. Denn der Straftatbestand des sog. Erschleichens von Leistungen (§ 265a StGB) erfasst richtigerweise das Fahren ohne Fahrerlaubnis in denjenigen Konstellationen gar nicht, in denen die Verkehrsbetriebe das Mitfahren ohne jedes Hindernis gestatten. Dies hat mit einem tatbestandlichen Erschleichen und dem Strafrecht als ultima ratio des Rechtsgüterschutzes nichts zu tun und ist im Zivilrecht bestens aufgehoben.

Und worum ging es bei der Bahnsteigkarte in früheren Zeiten? Ganz so verklären wollen wir es dann auch nicht. Man wollte Ordnung auf den neuen Bahnhöfen schaffen, wohin das bildungsbürgerliche Publikum strömte, um Architektur und Züge zu bewundern. Auch wenn es dabei nicht um eine Gewinnerzielung gegangen sein mag, blieb das gemeine Volk doch außen vor. Und schließlich wollte man bereits auf dem Bahnsteig die Fahrkarten kontrollieren, um sich nicht von Waggon zu Waggon hangeln zu müssen.

Regulierung und Kontrolle also auch damals. Wir mögen die Bahnsteigkarten nicht.

<https://strafrecht-online.org/sz-muc-bahnsteigkarte>

III. News aus der Regio

< Die Universitätsbibliothek platzt aus allen Nähten >

Während man mit dieser Metapher in aller Regel nicht allzu glücklich ist, bedeutet sie für die Universitätsbibliothek geradezu den Ritterschlag. Unisprecher Rudolf-Werner Dreier weiß mit stolzgeschwellter Brust zu berichten: „Wir sind Opfer des eigenen Erfolgs!“

Die Ausweitung der Betriebszeiten auf einen 24-Stunden-Betrieb und die hohe Auslastung mit täglich rund 12.000 Besuchern zolle eben ihren Tribut.

Nun ja, eigentlich waren diese Öffnungszeiten von vornherein geplant und versprochen, so dass man einfach mal eine Hochrechnung hätte vornehmen können. Klingt aber nicht so gut wie die Jubelmeldung, man sei von dem Boom geradezu überrollt worden.

Egal, das Geld muss jetzt irgendwie wieder rein. Im Schulterschluss mit dem Architekten der UB, Heinrich Degelo, plädieren wir vehement dafür, zukünftig auf das Anschaffen von verstaubenden Büchern unterschiedlicher Farbe und unterschiedlichen Formats – was

für ein Graus! – zu verzichten und damit die derzeitige extrem zurückgenommene Anschaffungspolitik zu vervollkommen. Das Raumerlebnis wird hierdurch nachhaltig gestört. Gerade die geschätzten Besuchergruppen, die mangels Alternativen in der Stadt laut diskutierend durch das Gebäude wandeln, wollen nicht ständig gegen Bücherregale stoßen.

Vielleicht könnte man damit sogar zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und das lästige Studierendenpack ein wenig ausdünnen. Aber vermutlich werden sie sich davon nicht wirklich abhalten lassen. Sie machen doch eh nur Unsinn.

<https://strafrecht-online.org/bz-ub-teuer>

IV. Events

< Tacheles: Rechtsradikale bei der Bundeswehr – im Geiste der Freikorps >

Mit dem Thema der vergangenen Veranstaltung im Rahmen der Tacheles-Vortragsreihe hätte man vor einem Jahr wohl kaum einen der größten Hörsäle der Universität füllen können. Seit April 2017 hat die Problematik jedoch enorm an medialer und gesellschaftlicher Aufmerksamkeit gewonnen. Damals wurde bekannt, dass gegen den ehemaligen Bundeswehr-Oberleutnant Franco A. wegen des Tatverdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat ermittelt wurde. Die Bundesanwaltschaft geht davon aus, er habe einen rechtsterroristischen Anschlag unter falscher Flagge geplant, der einem fiktiven Geflüchteten angelastet werden sollte.

Die Empörung über diesen Vorfall war groß und löste eine bis heute anhaltende Diskussion aus: War Franco A. nur ein tragischer Einzelfall? Oder hat die Bundeswehr ein strukturelles Problem mit Rechtsradikalismus? Dieser Frage widmete sich der Militärgeschichtler Wolfram Wette am 11. Januar vor etwa 100 Zuhörerinnen und Zuhörern. Erwartungsgemäß war sein Zugang zu dem Thema ein historischer und er ordnete die Ereignisse im Frühjahr 2017 in die deutsche Militärgeschichte ein.

Ausgangspunkt seines militärgeschichtlichen Abrisses war das Jahr 1918. Es gründeten sich in Deutschland die Freikorps, paramilitärische Freiwilligenverbände. Darin organisierten sich vor allem diejenigen, die nach dem ersten Weltkrieg nicht in das zivile Leben zurückgefunden hatten. Die Freikorps standen für einen institutionalisierten Rechtsextremismus. Sie bekämpften im Auftrag der Reichsregierung die linken Aufstände und waren verantwortlich für zahlreiche politische Morde, darunter an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Ab 1919 wurden die Freikorps nach und nach in die zu bildenden Brigaden der Reichswehr überführt. Im Militär als bedeutendem Machtfaktor der Weimarer Republik wehte demnach von vornherein ein rechter Wind. In der Zeit des Nationalsozialismus ab

1933 war es nicht mehr allein das Militär, das von Rechtsradikalen durchsetzt war: Mit der Machtergreifung gingen Regierung und Militär Hand in Hand.

Nach 1945 rekrutierten sich Rechtsradikale überwiegend aus denjenigen, die den Weg in die sich etablierende Demokratie nicht mitgingen. Ihr Denken zeichnete sich unter anderem durch einen verschärften Nationalismus und Antisemitismus aus, durch Ausländerfeindlichkeit oder gar die Verherrlichung oder Leugnung des NS-Staates und der deutschen Kriegsschuld. 1949 gab es erstmals Überlegungen der Adenauer-Regierung zum Aufbau neuer Streitkräfte, die ab 1955 entstanden. Zurückgegriffen wurde dabei auf altes Personal. So wurden unzählige Soldaten, die ehemals der Wehrmacht oder der Waffen-SS angehörten, in die Bundeswehr übernommen.

Symptomatisch für den Umgang mit der deutschen Geschichte innerhalb der Bundeswehr stehen die Kasernenbenennungen. In den fünfziger Jahren wurde unter anderem auf eine Liste von Namen zurückgegriffen, die man 1937 auf einen Befehl Hitlers zusammengestellt hatte. Die personelle Struktur der Bundeswehr in den Aufbaujahren sowie die Ideologie der „zeitlosen“ soldatischen Tugenden führten in den sechziger Jahren dazu, dass Kasernen nach „Helden“ und „Stahlgestalten“ des zweiten Weltkriegs benannt wurden. Bis heute halten sich zahlreiche dieser Namen. So trägt die Kaserne, in der Franco A. stationiert war, weiterhin den Namen von Erwin Rommel, einem NS-Generalfeldmarschall.

Historisch konnte sich die Bundeswehr bis heute nicht vollständig von ihrer Vergangenheit lösen. Das Problem des Rechtsradikalismus sei aber nicht allein historisch bedingt, sondern auch strukturell, so Wette. Denn die Bundeswehr ziehe insbesondere solche Personen an, die tendenziell nationalkonservativ denken, die sich leicht unterordnen können, die kein Problem mit (Waffen-)Gewalt haben und denen eine starke Führung wichtig ist. Darin liege ein unauflösbarer Strukturunterschied des Militärs zur Zivilgesellschaft, in der eher Werte wie Individualität, Mitbestimmung und Zivilcourage hochgehalten würden.

Mit der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahr 2011 trete dieser Unterschied immer deutlicher zutage und mache sich ein weiterer Rechtsruck bemerkbar. Auch seitens der Bundeswehr werde der strukturelle Unterschied zur „normalen“ Zivilgesellschaft selbstverständlich wahrgenommen, so Wette, er werde jedoch oftmals unter Verweis auf den Sui-generis-Anspruch des Militärs überhöht: Der Soldatenberuf sei eben kein Beruf wie jeder andere.

Das in der Bundeswehr anzutreffende Meinungsspektrum sei daher nicht, wie es das Verteidigungsministerium meine, ein Spiegelbild der Gesellschaft. Die Bundeswehr biete aufgrund ihrer Historie und ihrer Struktur einen besonderen Nährboden für rechtes Gedankengut. Der Fall von Franco A. möge in seinem Ausmaß einen Einzelfall darstellen. Die dahinterstehende Ideologie, die an die der Freikorps erinnere, sei hingegen für Bundeswehrverhältnisse keinesfalls ungewöhnlich.

In den letzten Jahren, so der Eindruck Wettes, wurde das Problem weniger behoben als verschärft. Denn die Bundeswehr entwickelte sich mehr und mehr zu einer Interventionsarmee, für die die Auslandseinsätze zur Normalität geworden sind. Damit sei zugleich ein neuer Kämpferkult entstanden: Der Soldat als selbstlos dienender und unbedingt gehorchender Kämpfertyp werde wieder zur Norm. Dies begünstige ein eher unverkrampftes Verhältnis zur deutschen Geschichte.

Die Verantwortung für den heutigen Zustand trage die Politik, die sich nach wie vor über militärische Macht definiere und die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer „Armee im Einsatz“ umfunktioniere. Ein Schritt in die richtige Richtung sei immerhin, dass sich die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen anders als etliche Vorgänger nicht bedingungslos mit den Soldatinnen und Soldaten solidarisiere, sondern den Mut habe, skandalöse Vorgänge öffentlich zu machen. Erstmals werde der Rechtsradikalismus auch vom Verteidigungsministerium als Strukturproblem erkannt.

<https://strafrecht-online.org/bz-interview-wette>

Mit dem Vortrag verabschiedet sich die Tacheles-Reihe in die Semesterferien. Für das Sommersemester sind bereits weitere Vorträge in Planung.

V. Exzellenz-News

< Über jedes Stöckchen springen >

Wer der Vorstellung anhängen sollte, Exzellenz habe etwa mit einem gelassenen in sich Ruhen zu tun, ist nicht von dieser Welt. In einer Zeit sich auflösender Gewissheiten, wem der wissenschaftliche Spitzenrang gebührt, ist Exzellenz Netzwerk, ist Exzellenz Kampf.

Und so war es geradezu eine heilige Pflicht, aus allen Rohren gegen einen umgefallenen Sack Reis zu schießen, den die allgegenwärtige Heerschar der Fudder-„Redakteure“ aufgetan hatte, der man in Freiburg zu jeder Sekunde seine Befindlichkeit mitteilen kann. Sie machen geschwind einen „Beitrag“ draus. In diesem Fall war der umgefallene Sack Reis die banale Erkenntnis, dass sich juristische Hausarbeiten einer eindeutigen Bewertung entziehen, meinetwegen auch, dass an einer Massenuniversität Fehler organisatorischer Art vorkommen mögen. – Dass dieser Fehler keinerlei negative Auswirkungen für den „betroffenen“ Studierenden hatte, war offensichtlich nicht skandalös genug und blieb somit von Fudder ausgespart.

Was passiert, wenn man aus allen Rohren auf einen Sack Reis feuert, lässt sich auch ohne militaristische Grundausbildung erahnen. Die Reiskörner flogen einem in ihrer noch einmal gesteigerten Bedeutungslosigkeit um die Ohren.

Im Wege eines inzestuösen Verstärkerkreislaufes stellte die Fudder-Crew nun Anfang des Jahres selbstzufrieden und satt fest: Die Huarbeiten-Story habe es neben den Ausweich-

Trikots des SC Freiburg in die sechs Highlights aus dem Jahr 2017 geschafft. Wir gratulieren recht herzlich.

<https://strafrecht-online.org/fudder-highlights-2017>

Das macht doch Mut für das nächste Stöckchen, das man der Juristischen Fakultät hinhalten kann. In diesem Falle geht es um die Reservierung von Arbeitsplätzen in der UB „für Mitglieder der Rechtswissenschaftlichen Fakultät“, um einen strukturellen Fehler – am Bedarf der Studierenden eklatant vorbei gebaut – durch untaugliche und Unfrieden schaffende Mittel einfach mal zu manifestieren.

<https://strafrecht-online.org/fudder-ub-reservierung>

Die etwas fade Abstimmung zeigt deutlich, dass bei Fudder im Vergleich zum übermächtigen Bruder noch ganz viel Luft nach oben ist. Wir reden hier von bento, das sich des Themas mit seiner ganzen Routine angenommen hat.

Auch wenn wir mit Jan Böhmermann nicht immer einer Meinung sind, „das Prestigeprojekt des deutschen Einhorn-Journalismus, garniert mit gagigen Gifs und geisteskrankem Feed“ hat er trefflich umschrieben.

<https://strafrecht-online.org/berliner-z-bento-boehmermann>

Unter anderem die Quizze („Welcher Bürgerkrieg bist Du?“) haben es ihm angetan, die natürlich auch bei der Freiburger UB eine ganz andere Qualität als bei Fudder haben und zu jeder Menge Entsolidarisierung beim Abstimmen einladen.

<https://strafrecht-online.org/bento-ub-reservierung>

Redaktionelle Inhalte und Werbung werden bei bento ebenso munter gemischt wie jede Möglichkeit der Banalisierung genutzt, um den Vorurteilen einer durch und durch platten jugendlichen Leserschaft gerecht zu werden.

<https://strafrecht-online.org/boehmermann-bento>

Wenn sich der selbsternannte „Retter des Journalismus“ (taz) Jan Böhmermann die Zeit nimmt, einen Journailen-Furz zwanzig Minuten lang zu bekämpfen, dann wird doch wohl auch die Freiburger Juristische Fakultät gegen einige Ungenauigkeiten bei bento intervenieren dürfen. Und so folgt in der gut vernetzten Welt der Regio zwei Tage später beim seriösen großen Bruder von Fudder, der Badischen Zeitung, ein wohlausgewogener Beitrag, garniert mit einem Kommentar der Fachschaft, der sogar noch vor dem Artikel datiert ist. – Was zu beweisen war.

<http://www.badische-zeitung.de/reserviert-fuer-jung-juristen>

VI. Die Kategorie, die man nicht braucht

< Es wird eng! >

Die Titanic ist einmal mehr vom schonungslos um Aufklärung kämpfenden Journalismus begeistert: „Grüß Gott auch, Süddeutsche Zeitung! Investigativ und kritisch wie immer hast Du noch vor den Paradise Papers einen weiteren Missstand aufgedeckt: „Tausende Mieträder verstopfen europäische Großstädte.“ Ist ja auch schon schlimm, wenn man vor lauter Fahrrädern seinen SUV nicht mehr auf dem Radweg parken kann. Was allerdings noch fehlt, sind Deine Top-Storys „Fußgänger atmen jährlich Tonnen von Kohlendioxid aus“ und „Wie Ampeln den Straßenverkehr behindern“.

VII. Das Beste zum Schluss

Nicht nur Roman Reusch kann mit Stolz auf sein zehnjähriges NL-Jubiläum zurückblicken. Auch die Küchenschlacht feiert diesen runden Geburtstag. Wir verweisen aus diesem Anlass noch einmal auf unsere Lieblingskochsendung, die sich – perfekt zur Überschrift passend – dem Dessert widmet:

<https://www.youtube.com/watch?v=Mpy9wzc2uNI>

Und gestehen freimütig: Kochen und Wissenschaft haben einiges gemein.

<https://www.youtube.com/watch?v=5VmZFvJg7ro>

Ihr LSH, uns interessiert wenig mehr als uns selbst.

--

NL vom 26.1.2018

Bisherige Newsletter finden Sie hier:

<https://strafrecht-online.org/newsletter/>

Roland Hefendehl
Institut für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht
Tel.: +49 (0)761 / 203-2210
Fax: +49 (0)761 / 203-2219
Mail: hefendehl@jura.uni-freiburg.de
Netz: <http://www.strafrecht-online.org>